



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußische Briefe : vierter Brief : der 18. März.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preussische Briefe.

Vierter Brief.

Berlin, den 17. März 1849.

Der 18. März.

Der Jahrestag der unglückseligen Barrikaden steht vor der Thür. Mit ernster Besorgniß steht ihm die Regierung entgegen; die Vorsichtsmaßregeln werden verdoppelt, jede Bewegung der Demokratie mit argwöhnischem Auge verfolgt. Die Demokraten zürnen über diesen Argwohn, und doch müssen sie es im Stillen eingestehen, daß die Maßregeln des Ministeriums nicht der unbedeutendste Grund sind, jeden Gedanken an einen revolutionären Versuch als Thorheit fallen zu lassen. Die Stadt wird in Bewegung sein, aber nur in einer Bewegung der Neugierde.

Das ereignisreichste Jahr der preussischen Geschichte liegt hinter uns. Es ist der Mühe werth, einen Blick rückwärts zu werfen, um die Ereignisse, denen wir uns, unter dem augenblicklichen Eindruck befangen, in wechselnder Stimmung hingeben, in ruhigem Zusammenhange zu übersehen. Was wir damals nur mit Leidenschaft, in Hoffnung oder Furcht, auffassen konnten, wird sich jetzt im Bewußtsein der Nothwendigkeit darstellen.

Die Krone hatte den großen Fehler begangen, sich die Concessionen, die sie am Vormittag des 28. März machte, abdringen zu lassen, anstatt dem Volk, das trotz aller Opposition gegen das bureaukratische Regiment des Staats immer die alte Loyalität bewahrt hatte, mit einem großherzigen Entschluß entgegen zu kommen. Nur zum Theil war die Abneigung gegen das constitutionelle System an dieser Zögerung Schuld, es spielte auch eine gewisse romantische Pietät daneben. Der König war aufrichtig deutsch gesinnt, und hätte gern den Augenblick zu einer Regeneration des deutschen Gesamt Vaterlandes benutzt, aber er wollte die Etikette nicht verletzen, er wollte mit dem Hause Oestreich gemeinschaftlich handeln. So verlor er die Initiative; nach der Heidelberger Versammlung der „Volksmänner“, aus denen das gemeinsame Handeln der kleinen constitutionellen Staaten in der deutschen Sache, später das revolutionäre Vorparlament hervorging, und nach dem Sturze Metternich's in Wien, kam die Proclamation des Königs, in welcher

Grenzboten. I. 1849.

er seinem Volk eröffnete, was er alles für die Einheit Deutschlands habe thun wollen, zu spät. Das alles reicht aber noch nicht aus, den Berliner Straßenkampf zu erklären. Dennoch liegt der Zusammenhang der Ereignisse, wenn man nicht Geheimnißkrämerei mit der Geschichte treiben will, ziemlich offen da.

Ich lege keinen großen Werth darauf, daß die Concessionen, welche man am Mittag des 18. März proclamirte, noch Manches zu wünschen übrig ließen. Jedenfalls hatte man keine Muße, das Verhältniß dessen, was man erreicht hatte, zu dem, was man sich zu fordern berechtigt glaubte, näher zu prüfen. Allein man war eine Woche hindurch durch die Gewaltthaten des Militärs bei dem Widerstand gegen die Volksbewegung erbittert, und das Verlangen, die verhassten Gardes aus der Stadt zu schaffen, war bei weitem lebhafter, als das nach einer freien Verfassung, die man sich genauer auszumalen gar nicht die Zeit nahm. Man hatte sich an den Gedanken einer gewaltsamen Eroberung des Rechtszustandes gewöhnt, man hatte sich auch wohl darüber verständigt, wie eine solche Erhebung auszuführen sei. Ich glaube an keine angelegte Verschwörung — wenigstens fand sich keine Partei vor, die nach Entfernung des Militärs irgend einen bestimmten Plan hätte durchführen wollen, wie das in Paris der Fall war — aber es lag doch zu sehr auf der Hand, daß man sich mit der Idee einer Revolution vertraut machte, da man auf eine friedliche Verständigung nicht rechnen zu dürfen meinte. Das Nachgeben der Krone überraschte, und man hatte sich die Idee des bewaffneten Widerstandes zu sehr zurechtgelegt, um nicht bei dem ersten Argwohn darauf zurück zu kommen. Außerdem, so hart das klingt, thut in solchen Dingen der Nachahmungstrieb viel; man war doch eifersüchtig auf die Wiener Freiheitshelden, über die man sich früher gar zu sehr erhoben hatte. Sollte der Wiener den Berliner an Thatkraft überragen? Das war empfindlich, und wenn ich auch nicht behaupten will, man habe sich frivoler Weise in den Kampf eingelassen, nur um doch gekämpft zu haben, so klingen bei den mysteriösen Schüssen, dem „Wir sind verathen“ und ähnlichen Zügen zu viel Reminiscenzen durch, um eine völlige Naivität der Bewegung wahrscheinlich zu machen.

Es hilft nichts, auf die Eventualitäten des Kampfes nachträglich zurück zu kommen. Der Ausgang war entscheidend. Durch den Abzug der Truppen und die Bewaffnung der Bürger war die Hauptstadt auf Discretion der Volkspartei überliefert, durch die Abreise des Prinzen von Preußen und die damit verbundenen Umstände die Vergangenheit des Staats desavouirt, durch das Verfahren des Königs bei dem bekannten Ritt, dem großen Leichenzug u. s. w. die Revolution vor den Augen ganz Europas anerkannt. In der Art und Weise, wie der größte Theil der Provinzen diese unerhörten Nachrichten aufnahm, zeigte es sich, wie sehr die Centralisation in Preußen schon um sich gegriffen hatte.

Unter diesen Umständen wurde die verantwortliche Regierung der alten ständischen Opposition übertragen. Camphausen sammelte die Notabilitäten derselben

in seinem Ministerium. Es zeigte sich nun, wie weit diese Partei von der Stimmung des Tages schon überflügelt war.

Nicht, daß die sogenannten Demokraten mit einer geschlossenen Parteiauffassung ihr gegenübergetreten wären. Die Clubs bildeten sich, wie es der Zufall wollte, und man war in dem süßen Gefühl, allmächtig zu sein, nur allzu geneigt, die Formulirung dessen, was man eigentlich wünschte, bis auf Weiteres zu vertagen. Man freute sich, gegen die bisher gefürchteten Gewalten mit all der Grobheit ungenirt sich ergehn zu können, die junge Politiker charakterisirt; man hatte den guten Willen, die Grundlagen des Staats auf das radicalste umzuwühlen. Von eigentlich republikanischen Gelüsten war wenig oder gar nicht die Rede; es genügte, mit dem Königthum zu spielen, die höchste Gewalt im Staate als das willenlose Instrument unmittelbarer Volkswünsche hin und herdrehen zu können. Die Willkür war das angenehme Element, in dem man sich bewegte, darum war man am wenigsten mit dem Plan zufrieden, durch Vermittelung der alten an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften die Revolution in das Gebiet des Rechts überzuleiten. Man hob vielmehr, sehr gegen alle constitutionellen Begriffe, die Person des Königs in den Vordergrund, und war nicht abgeneigt, ihm die absolute Machtvollkommenheit zur Deroirung einer Verfassung zuzugestehn, vorausgesetzt, daß dieselbe mit den Ansichten des „Volks“ übereinstimmte. Freilich war die Art, wie dieses „Volk“ sich repräsentirte, nicht ganz in der Ordnung; jeder beliebige Lindenclub hielt sich für ermächtigt, im Namen des Volks zu Sr. Majestät zu sprechen, „des souveränen Volks, das auf den Barrikaden gesiegt hatte!“ Als aber der Radicalismus sich bestimmte Organe geschaffen hatte, modificirte sich diese Forderung näher dahin, daß eine aus Urwahlen hervorgegangene Versammlung über die neue Form des Staats zu verfügen haben sollte.

Das Ministerium war entschlossen, der Form nach den Rechtsboden zu bewahren, im Materiellen dagegen den Ansichten der Demokratie entgegenzukommen. Es legte dem vereinigten Landtag, dessen Stimme nach dem alten Recht bei jedem neuen Gesetzentwurf gehört werden sollte, den Antrag vor, nach welchem eine aus Urwahlen hervorgegangene Versammlung mit der Krone über die neue Verfassung vereinbaren sollte. Der Landtag genehmigte diesen Antrag, und so war der Schein des Gesetzes gewahrt. Den Schein rettete man auch in der Angelegenheit des Prinzen von Preußen, seine Reise wurde als eine officielle bezeichnet, seine Rückkehr und seine völlige Anerkennung des neuen Zustandes verheißen. Es war aber nicht mehr die Zeit, wo man durch den Schein imponiren konnte.

Das Ministerium hatte nicht den Muth des alten Absolutismus, aus eigener Machtvollkommenheit den neuen Rechtsboden zu begründen, und dadurch der Anarchie vorzubeugen. Ich weiß nicht, ob es ihm gelungen wäre, aber Eines bleibt wunderbar, daß Camphausen nicht überlegte, wie durch Einberufung einer constituirenden Versammlung weder in Beziehung auf die unmittelbaren Bedürfnisse

des Tages das Ministerium auf constitutionelle Weise gedeckt war, noch auch selbst in Beziehung auf die Vollendung des Verfassungswerkes. Das erste nicht, denn man konnte der Versammlung, die nach der Natur der Dinge so lange zusammenbleiben mußte, bis sie ihre Aufgabe, den Verfassungsentwurf, vollendet hatte, die Rechte einer constitutionellen Kammer nicht zugestehn: theils weil eine solche die Verfassung, die erst gegründet werden sollte, als rechtsbeständig bereits voraussetzt, theils weil sie in Collisionssfällen eine Appellation ans Volk zuläßt.

Es kamen aber noch zwei Umstände hinzu, welche im Voraus die Wirksamkeit dieser Versammlung gefährden mußten. Durch die Urwahlen wurde eine Schicht des Volkes ins politische Leben gezogen, die bisher weder irgend welche Berührung mit demselben, noch auch nur einen Begriff davon gehabt hatte, und die nun voraussichtlich entweder den Händen der radicalen Partei anheimfallen mußte, die ihr ohne weitere Umstände goldene Berge verhieß, oder sich aus Unverstand in engherzige, obwohl sehr natürliche Sonderinteressen verstricken, die eine bestimmte politische Richtung des ganzen Verfassungswerkes nicht zuließen. Es geschah beides; ein guter Theil der Versammlung bestand aus solchen Leuten, die à tout prix Opposition machten, theils aus solchen, die lediglich dazu gewählt waren, ihren Committenten einige Morgen Landes oder einige Rube mehr zu verschaffen, und die nun bei jeder politischen Frage, die über diesen Gesichtskreis hinausging, mit offenem Munde dasaßen, und nicht wußten, was sie dazu denken sollten. Der Portefeuille-Jäger, deren Erscheinen nach dem langen Druck des Absolutismus nur zu natürlich war, ganz zu geschweigen! Und mit einer solchen Versammlung sollte nicht nur die Verfassung vereinbart, sondern es sollte auch, was viel schlimmer war, mit ihr regiert werden!

Der zweite Umstand war die gleichzeitige Einberufung der deutschen Nationalversammlung. Nicht nur daß sie die besten Kräfte absorbirte, welche die neue Entwicklung Preußens mit den alten ständischen Bestrebungen hätten in Rapport setzen können; sie stellte auch zugleich die ganze Aufgabe der preussischen Regierung sammt ihren Ständen in Frage, denn sie nahm die volle Souveranität für sich in Anspruch, und schien es von ihrem Belieben abhängen zu lassen, in wie weit überhaupt noch von einem selbstständigen preussischen Staat die Rede sein könne. Sie mußte jeden Augenblick der preussischen Opposition als Stichwort dienen, theils aus wirklicher Sympathie, theils weil man die Mittel nicht sehr ansah.

Die schwierige Lage des Ministeriums wurde noch vermehrt theils durch den dänischen Krieg, in welchen man sich, wie man jetzt wohl allgemein zugestehen dürfte, ziemlich leichtsinnig eingelassen hatte, obgleich ich daraus der Regierung keinen Vorwurf machen will, denn bei der damaligen Aufregung des deutschpatriottischen Fanatismus hätte wohl jede andere ähnlich gehandelt, theils durch die Unruhen in Posen, die man durch verzeihliche, aber immer sehr schlimme Ver-

heißungen genährt hatte. Man hatte — das kann Niemand leugnen — den Polen etwas versprochen, was man nicht halten konnte, nicht halten durfte, wenn man nicht ein himmelschreiendes Verbrechen an den Rechten der deutschen Brüder, an der Existenz des eignen Staats begehen wollte. Damals freilich, in der Hitze der Straßenpolitik, kam es wenig darauf an, ob man nicht ohne Weiteres die Fahne der Revolution auch gegen den russischen Kolosß führen sollte. Endlich die finanziellen Schwierigkeiten, verbunden mit der unleugbaren Nothwendigkeit, den Staat bei der Hebung der untern Volksklassen und bei der Lösung der feudalen Ueberreste mehr zu betheiligen, als es bis dahin hatte geschehen können, und zwar bei einer Theuerung des Geldes, die gerade durch die Revolution hervorgebracht war. Was waren dies alles für gefährliche Waffen gegen die Regierung!

Man muß gestehen, daß die Regierung bei diesen Fragen noch Glück genug hatte. Der dänische Krieg diente dazu, der Armee, gegen welche die Revolution vorzugsweise gerichtet war, in der öffentlichen Meinung wieder einen gewissen Boden zu gewinnen. Die Polen discreditierten sich sehr rasch durch die Maßlosigkeit ihrer Ansprüche, und die Deutschen der Provinz zeigten mehr Energie, als man hätte erwarten sollen. In Hansemann endlich besaß das Ministerium einen Meister in der Kunst, unter schwierigen Umständen Geld zu schaffen. Selbst die deutsche Frage, obgleich aus ihr die schwierigsten Verwicklungen hervorgingen, gestaltete sich günstiger für Preußen theils durch die republikanischen und communistischen Gährungen, denen gegenüber die Nationalversammlung eben so conservativ sein mußte, als sie gegen die Regierungen revolutionär aufgetreten war, theils durch die immer deutlicher hervortretende Abneigung Oestreichs, sich in dem Sinn der Paulskirche an Deutschlands Wiedergeburt zu betheiligen.

Wie verhielt sich unter diesen Umständen die Nationalversammlung?

Es bildeten sich sehr bald zwei scharf getrennte Parteien, die conservative und die demokratische. Die Letztere — unter Waldeck's Führung — ging von folgenden Gesichtspunkten aus. Sie sah den Feind ihrer Richtung viel weniger in der Monarchie, als im Beamtenthum, dem Heer und der Aristokratie. Diese zu brechen, war ihr die constitutionelle Sache Mittel, nicht Zweck. Sie verlangte die Urwahlen, das Einkammersystem und die Volksbewaffnung nicht als Princip — wenigstens war ihr das Princip Nebensache — sondern um der Demokratie die Gewalt in die Hände zu spielen. Weit dringender aber lag ihr die Abschaffung aller, im alten System großgewordenen Beamten, aller Offiziere, des Adels mit seinen Vorrechten und seinem Namen, so wie die Verwandlung des Heeres in eine Volkswehr, der Bureaukratie in Gemeindebeamten und des Eigenthumsrechts in eine fluctuirende Staatsbestimmung zu Gunsten sämmtlicher Staatsbürger am Herzen. Das letzte sieht wie eine Verdächtigung aus, ich möchte aber wissen, wie man die Abschaffung der Reallasten ohne Entschädigung, die radicale Umge-

staltung der Grundsteuer und die ins tausendfältige erhöhten Ansprüche an den Staat anders bezeichnen soll.

Alles dieses forderte sie en vertu d'insurrection; sie hielt sich zunächst an die Souveränität der Constituante der Krone gegenüber, aber mit dem Vorbehalt, die Schritte dieser Versammlung, die nicht in ihrem Sinn waren, durch das Volk zu corrigiren, „das souveräne Volk der Barrikaden.“

Die conservative Partei ging von der Furcht aus, daß bei dieser Entwicklung der Demokratie Alles darunter und darüber gehen müsse. Sie hatte zum größern Theil keine erheblichen Sympathien weder für den Adel noch für das Heer oder das Beamtenthum, aber sie sah in ihnen die letzten Stützen der Ordnung. Sie war ihren Gegnern gegenüber im entschiedensten Nachtheil, denn sie mußte ihnen die Offensive überlassen, und fand in sich selbst zum Widerstand weder die Energie noch das Talent. Außerdem war ihre Stellung zum Ministerium eine zweideutige, es war nicht der Ausdruck ihrer Partei, sondern sie stützte es nur faute de mieux.

In der Mitte standen theils die guten Seelen, die bei jeder einzelnen Frage mit ihrem Gewissen zu Rathe gingen, und lieber das allgemeine Princip fallen ließen, theils die politischen Adventuriers, die je nach Umständen die eine oder die andere Partei zu ihren persönlichen Zwecken auszubeuten hofften. — Aus diesen Elementen, wozu man noch eine ziemlich große Menge solcher hinzuzählen muß, die gar nichts wollten, sollte der neue preußische Staat hervorgehn.

Der erste Conflict gab sich bei dem Camphausen'schen Verfassungsentwurfe kund. Die Theorie der Vereinbarung ist an sich schon prekär genug, wo keine höhere Instanz vorhanden ist, und wo man wieder ohne Vereinigung auch nicht auseinandergehen kann. Hier aber um so bedenklicher, da der Glaube an die Volkssouveränität zu einer Art Fanatismus geworden war. Der Entwurf wurde kaum als Vorlage angesehen, er wurde als bloßes Material für die selbstständigen Arbeiten der Versammlung zu den Acten gegeben.

Der zweite Conflict erhob sich aus einer scheinbar sehr localen Forderung, der Feier der Berliner Barrikadenkämpfer. Sie wurde zu einer principiellen erhoben, der Anerkennung der Revolution. Die Regierung konnte sich weder dazu hergeben, das Faustrecht als solches zur Quelle aller gesetzlichen Autorität zu erheben, noch auch dazu, durch das Ereigniß vom 18. März alle bisher bestehenden Rechtsbestimmungen für annullirt zu erachten. Da nur wenig daran fehlte, daß dieser Antrag Beschluß der Versammlung wurde, hielt er es für seine Pflicht, zurückzutreten.

Ein weiser Entschluß, soweit er die Personen des Ministeriums anging; aber politisch kaum zu rechtfertigen. Denn es war dadurch, wenn auch indirect, der constituirenden Versammlung das Recht einer unmittelbaren Betheiligung an der Regierung zugesprochen, und zugleich verrieth die herrschende liberale Partei ihre

Schwäche. Die neue Regierung, obgleich sie im Wesentlichen derselben Partei angehörte, mußte sich doch in irgend etwas von ihren Vorgängern unterscheiden, sie mußte sie in einem gewissen Sinn desavouiren, sonst war ja kein Grund der Veränderung abzusehen. Man versuchte es mit scheinbar unbedeutenden Fragen. Man gab die Adresse auf, was zu billigen war, da schon die Idee einer Adresse auf der Fiktion einer schon bestehenden constitutionellen Kammer beruhte; man ließ sich auf eine modificirte Anerkennung der Revolution ein, wenigstens des materiel- len Inhalts derselben, wenn man auch die Form des Rechtsprinzips zu wahren suchte. Die Hauptsache war, daß eine parlamentarische Notabilität, welche der bisherigen Majorität nicht angehört hatte, ins Ministerium gezogen wurde. Aber schon waren die Actien der radicalen Fraction so gestiegen, daß Herr Rodbertus wenige Tage nach Bildung des neuen Ministeriums das Portefeuille wieder niederlegte, um sich nicht unmöglich zu machen. Das sogenannte linke Centrum constituirte sich nun als dynastische Opposition, wie die Französische unter Thiers, und übernahm in gewissem Sinn die Führung der Linken. Mehr und mehr nahm die Versammlung den Charakter einer bereits in den Staatsorganismus eingefügten Kammer an, ohne doch den Anspruch auf Unauflösbarkeit, der einer Constituante gebührte, aufzugeben; sie wurde mehr und mehr ein Convent. Außerdem drängte sich mit immer steigender Dreistigkeit der Straßen-Radicalismus in das Heiligthum der Gesetze, und weder die Regierung noch die Versammlung oder die Bürgerwehr hatte Muth genug, ihm entschieden entgegen zu treten.

Die Regierung fand ihre Gegner auf zwei Seiten. Die Partei der Grundbesitzer war empört über die von Hansemann projectirten Steuerreformen; sie war empört über die Schwäche der Regierung gegenüber den anarchistischen Bestrebungen in der Hauptstadt wie in den Provinzen. Die Radicals dagegen beschuldigten die Regierung des Verraths, weil sie nicht entschieden mit den Anhängern des alten Systems in den höhern Beamtenkreisen brechen wollte. Die deutsche Angelegenheit diente dazu, die Sache zu verwickeln. Zwar regte für einen Augenblick die Wahl des Reichsverwesers und die den preussischen Truppen zugemuthete Schuldigung das alte Gefühl des specifischen Preussenthums wieder auf, aber bald fand man es bequemer, Frankfurt zum Hebel gegen das Ministerium zu missbrauchen. In dem bekannten Jacobyschen Antrag wurde der preussischen Regierung geradezu das Recht abgesprochen, über die souveränen Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung noch irgend ein Gutachten abzugeben, wogegen es sich die Constituante vorbehielt, dieselben zu kritisiren. Der Antrag ging nicht durch, und bei der immer mehr hervortretenden conservativen Haltung der Paulskirche verlor sie ohnehin für die Opposition alles Interesse.

Der Waffenstillstand von Malmoe gab der ganzen Lage der Dinge eine andere Wendung. Bisher hatten sich die Regierungen den Straßentumulten gegenüber als ohnmächtig bewiesen; die Bürgerwehr war fast überall unzuverlässig. Die Er-

mordung Richnowski's und Auerwald's veranlaßte zunächst von Seiten der Reichsgewalt eine entschiedene Reaction gegen das Demagogenthum, das alle Rechtsverhältnisse aufzulösen drohte. Die Rückkehr der Armee aus Schleswig-Holstein gab der preussischen Regierung eine Waffe, wenn sie den Muth fand, dieselbe zu gebrauchen. Das Ministerium Auerwald hatte diesen Muth nicht. Es wagte keinen entschiednen Einspruch, als die constituirende Versammlung durch den Antrag, die reactionären Officiere mit der Entlassung zu bedrohen, unzweifelhaft in das Gebiet der Verwaltung übergriff. Als der Antrag durchging, fand es nur den Muth der Resignation; wenigstens wahrte es in seinem Abschiedsmanifest das Recht der Krone, die executive Gewalt selbstständig zu führen, wenn es dasselbe auch nicht weiter vertreten mochte.

Als nun das Ministerium Pfuel durchweg aus Männern des ancien régime sich zusammensetzte, war alle Welt davon überzeugt, daß nun die bewaffnete Reaction anhöbe. Zum allgemeinen Erstaunen zeigte sich diese Regierung schwächer, als irgend eine der vorhergehenden. Sie sanctionirte den Uebergriß der constituirenden Versammlung, wenn auch nur bedingt, sie desavouirte die Generale, welche Miene gemacht hatten, den Degen in die Wagschale der Entscheidung zu werfen. Sie schien selbst nicht abgeneigt, in die finanziellen Reformen der frühern Verwaltung einzugehn.

Mittlerweise brach in Wien der Oktoberaufstand aus. Darüber wird alle Welt einig sein, daß, wenn hier die Revolution gesiegt hätte, eine vieljährige Anarchie für ganz Deutschland die nothwendige Folge war. Unter diesen Umständen stellte Waldeck den Antrag, mit den preussischen Truppen der Revolution zu Hilfe zu kommen, und der vollständig zügellose Pöbel der Hauptstadt unterstützte mit dem Gewicht seiner Fäuste diesen Antrag. Die Freiheit der Berathungen war moralisch und selbst materiell aufgehoben. Die neue Regierung zeigte sich der überall hervorbrechenden Anarchie nicht gewachsen, ja der Ministerpräsident ging soweit, einem wenn auch ermäßigten Antrag zur Intervention in der Wiener Sache seine Stimme zu geben. Und bei alledem war es in den Augen der Radicalem doch das Ministerium der bewaffneten Reaction.

Was blieb unter diesen Umständen der Regierung übrig? Die constituirende Versammlung war theils unter fremdartigen Einflüssen, theils hatte sie sich selber in eine Höhe hineingeschwindelt, die es unmöglich machte, von dieser Seite an eine Grundlegung des neuen Staatswesens denken zu können. Bereits waren mehrere Bestimmungen der Art, daß die Krone, wenn sie dieselben sanctionirt hätte, mit allen Elementen, auf die sie bis dahin zählen konnte, namentlich mit dem Grundbesitz und dem Heer, entschieden hätte brechen müssen. Zudem ward die Sprache der Linken immer drohender, eine Revolution, wenn sich die Krone nicht auf Gnade und Ungnade ergebe, wurde in nächste Aussicht gestellt. Als nun gar von dem Ministerium Brandenburg die Rede war, steigerte sich der Conflict

zur offenen Usurpation. Die Deputation an den König, und namentlich die Wendung, welche der Abgeordnete Jacoby ihr zu geben mußte, ließ der Krone keine Wahl.

Es handelte sich — warum sollen wir das Wort scheuen? — um eine Contrerevolution. Die Krone hatte die bedrohten Stände für sich, die Versammlung hatte keine Wurzel im Volk, denn soweit war noch nicht aller Sinn verloren gegangen, daß man ihre völlige Unfähigkeit nicht durchschaut hätte. Gleichwohl konnte man über den Ausgang nicht im Reinen sein — selbst der Armee war man nicht völlig sicher — und als die neuen Minister die Ordonnanz der Vertagung und Verlegung nach Brandenburg unterzeichneten, mußten sie wohl wissen, daß es sich um ihren Kopf handelte.

Der größte Theil der Versammlung stellte sich nun der Regierung entgegen. Sie antwortete auf die Vertagung mit der Permanenzerklärung; die Bürgerwehr erklärte sich zu ihrem Schutz bereit, aus dem größten Theil des Landes gingen Zustimmungsadressen ein. Bevor die Truppen einrückten, schwindelte man vielfach von einem mörderischen Kampf, aber die Vernunft siegte, man erfand das Stichwort des passiven Widerstandes. Die Auflösung der Bürgerwehr entschied den Sieg der Regierung; die conservative Partei, die bisher nur terrorisirt war, trat überall mit neuem Muthe an's Licht. Die Steuerverweigerung fand nirgend mehr Eingang, mit ihr war die Versammlung moralisch vernichtet. Die definitive Auflösung derselben und die einseitige Verleihung eines neuen Staatsgrundgesetzes war die unvermeidliche Folge davon.

Ich verkenne keinen Augenblick die innerlich kritische Lage, in welcher sich der Staat noch gegenwärtig befindet. Aber eines scheint mir gewiß, so lange die Regierung sich in den von ihr selbst gesetzten Schranken bewegt, ist an eine neue Revolution nicht zu denken. Die Feier des 18. März ist charakteristisch. Die Unzufriedenen — und ich muß gestehen, der größere Theil der Berliner Bevölkerung gehört dazu — hatten umflorte dreifarbige Colarden auf den Hüten und eine Menge Neugieriger trieb sich auf den Straßen umher, zu sehn, ob es etwas gäbe. Es gab nichts, als einige kleine Reibereien von Constablern. Die Regierung hatte eine ziemlich starke Truppenmacht entwickelt und ließ die Straßen von Zeit zu Zeit durch Patrouillen ceruiren; es war vielleicht gut, um auch den Anschein einer Unruhe zu vermeiden, allein der Friede wäre auch ohne das nicht gestört worden. Die Berliner sind glücklich über ihr Mißbehagen, das ihnen ein tragisches Relief gibt und dabei im Stillen zufrieden, daß sie nicht jeden Augenblick die Erscheinung der Reiberger zu gewärtigen haben.

Ueber den gesetzlichen Kampf, der sich in den Kammern entspinnt, ein andermal.